

Schutz der Regenwälder erhöht die Effizienz der weltweiten Klimapolitik

Als wichtigste Ursachen des Klimawandels gelten neben dem Verbrauch fossiler Brennstoffe vor allem der Verlust tropischer Regenwälder, meist als Folge von Landnutzungsveränderungen. Treibhausgas-Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung machen weltweit ein Fünftel der vom Menschen produzierten Treibhausgase aus. Es wird daher derzeit über die Einbindung des Schutzes tropischer Regenwälder in die internationalen Klimaverhandlungen diskutiert. Eine aktuelle Studie des ZEW zeigt, dass diese Strategie die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der zukünftigen Klimapolitik deutlich erhöhen würde.

Der neueste Bericht des Weltklimarats der Vereinten Nationen (IPCC) hat die Dringlichkeit einer Bekämpfung der globalen Erwärmung nochmals unterstrichen. Da im Jahr 2012 mit dem Kioto-Protokoll das wichtigste internationale Klimaschutzabkommen seine Gültigkeit verliert, beraten die Vereinten Nationen derzeit intensiv über ein Nachfolgeabkommen. Auf der letztjährigen Weltklimakonferenz in Bali wurde mit der so genannten „Bali Roadmap“ ein Verhandlungsmandat für ein neues Klimaschutzabkommen beschlossen. Dies soll weitaus anspruchsvollere Emissionsreduktionsziele für die Industrieländer beinhalten als das Kioto-Protokoll und könnte den Ausstoß von Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 um 25 bis 40 Prozent unter das Niveau von 1990 senken. Neben strikteren Klimaschutzziele werden derzeit jedoch



auch zukunftssträngige Strategien der Emissionsvermeidung diskutiert.

Eine aussichtsreiche Maßnahme des Klimaschutzes betrifft die Konservierung tropischer Regenwälder. Hierfür könnten in Zukunft finanzielle Anreize für Staaten, die über tropischen Regenwald verfügen, durch den internationalen Emissionshandel gesetzt werden. Der sogenannte REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation)-Mechanismus basiert auf der Funktion des Waldes als Kohlenstoffspeicher. Durch Brandrodung – etwa zur Gewinnung von landwirtschaftlichen Nutzflächen – entweicht der gespeicherte Kohlenstoff als Treibhausgas in

die Atmosphäre und trägt so zum Klimawandel bei. Durch Abholzung zur Gewinnung tropischer Hölzer geht der Wald als Kohlenstoffspeicher verloren, was ebenfalls den Klimawandel begünstigt.

Entwicklungsländer könnten Emissionsrechte verkaufen

Der REDD-Mechanismus würde die durch eine Vermeidung tropischer Entwaldung reduzierten Kohlenstoffemissionen anerkennen und bewerten. Entwicklungsländer könnten so durch den Schutz ihrer Regenwälder Emissionsrechte generieren und diese an die Industrieländer verkaufen. Dadurch entstünde ein finanzieller Anreiz zum gleichzeitigen Schutz des globalen Klimas und des tropischen Regenwaldes sowie der dort vorhandenen Artenvielfalt.

Eine aktuelle Studie des ZEW (Discussion Paper Nr. 08-016) analysiert die ökonomischen Auswirkungen, die ein Schutz der tropischen Regenwälder und

IN DIESER AUSGABE

Schutz der Regenwälder erhöht die Effizienz der weltweiten Klimapolitik	1
Genetisch veränderte Lebensmittel verunsichern deutsche Verbraucher	2
IT-Weiterbildung verbessert berufliche Chancen älterer Beschäftigter	3
Nachhaltige Kapitalanlagen sind für Stiftungen empfehlenswert	4
Vortrag von Wirtschaftsnobelpreisträger James J. Heckman	5
Termine, Neuerscheinungen, Seminare	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

dessen Integration in den internationalen Emissionshandel für das Jahr 2020 hätte. Simulationsrechnungen mit einem Gleichgewichtsmodell des Emissionsmarktes und einem dynamischen Modell des Forstsektors zeigen, dass der REDD-Mechanismus für die Industrienationen substanzielle Kosteneinsparungen bei der Klimapolitik zur Folge hätte. Denn die Grenzkosten der Emissionsvermeidung durch verminderte Entwaldungsaktivitäten in tropischen Regionen sind geringer als die Grenzkosten konventioneller Vermeidungsmaßnahmen in Industrieländern.

Neben dem direkten Nutzen für die Industrieländer bei der Umsetzung ihrer Emissionsziele erhielten die tropischen Weltregionen hohe Finanztransfers aus den Verkaufserlösen von Emissions-

rechten, die die Opportunitätskosten der entgangenen Landnutzungserträge deutlich übersteigen würden. Darüber hinaus zeigen die Berechnungen, dass die Unterzeichnerstaaten des Kioto-Protokolls mittels des REDD-Mechanismus eine deutlich ehrgeizigere Klimapolitik umsetzen könnten, ohne die Kosten des Klimaschutzes zu erhöhen.

Die Berücksichtigung von Entwaldungsaktivitäten im internationalen Emissionshandel würde also sowohl die Wirtschaftlichkeit als auch die ökologische Wirksamkeit der zukünftigen Klimapolitik erhöhen. Bei aller Attraktivität ist die Umsetzung des REDD-Mechanismus jedoch in technischer und methodischer Hinsicht anspruchsvoll. Damit die Verminderung von Entwaldung als Emissionsvermeidung anerkannt

werden kann, müssen Referenzwerte für die Entwaldung festgelegt werden, beispielsweise mit Hilfe historischer Abholzungsdaten. Weitere Herausforderungen sind die Einrichtung von Monitoringsystemen für die Messung von Waldflächenveränderungen oder die Bekämpfung illegaler Abholzung. Trotz dieser Schwierigkeiten könnte der REDD-Mechanismus mittelfristig nicht nur optionale Emissionsreduktionen in Entwicklungsländern ermöglichen, sondern auch verbindliche Vorgaben für den Schutz der Regenwälder festlegen. Dies würde zu dem Ziel beitragen, in Zukunft auch die aufstrebenden Entwicklungsländer in ein weltweites Klimaschutzabkommen einzubinden.

*Nils Anger, anger@zew.de
Jayant Sahay, Berkeley Lab, USA*

Genetisch veränderte Lebensmittel verunsichern deutsche Verbraucher

Trotz der geltenden Kennzeichnungspflicht für genetisch veränderte Lebensmittel sind Verbraucher leicht zu verunsichern, wenn es darum geht, genveränderte von nicht genveränderten Lebensmitteln zu unterscheiden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), die das Verbraucherverhalten mit Hilfe von kontrollierten Laborexperimenten untersucht hat. Ein weiteres Ergebnis der Studie ist, dass ein Preisabschlag von etwa 50 Prozent erforderlich wäre, damit Verbraucher in Deutschland auch genetisch veränderte Lebensmittel in ihren Einkaufskorb legen würden.

An den Laborexperimenten nahmen insgesamt 164 Personen teil. Sie gaben dabei in realen Auktionen Kaufgebote für Schokoriegel und Sojaöl ab, die entweder genveränderte oder nicht genveränderte Zutaten enthielten. Dies war die erste Untersuchung in Deutsch-

land, in der Teilnehmer reale Kaufentscheidungen für solche Produkte getroffen haben. Im Gegensatz zu Umfragen, in denen die Teilnehmer nur auf hypothetische Fragen antworten, vermitteln reale Auktionen den Käufern Anreize, ihre wahre Zahlungsbereitschaft zu offenbaren.

Nicht genetisch veränderte Produkte bevorzugt

Die Ergebnisse zeigen, dass die Konsumenten nicht genveränderte Lebensmittel bevorzugen. Über 80 Prozent der Auktionsteilnehmer bieten für die nicht genveränderten Produkte einen höheren Preis als für die genveränderte Variante. Im Durchschnitt verlangen sie einen Preisabschlag von etwa 50 Prozent, um genetisch veränderte Lebensmittel zu kaufen. Demnach haben diese derzeit nur dann eine Absatzchance, wenn sie deutlich billiger sind als die konventionell erzeugten Produkte.

Die Studie macht ebenfalls deutlich, dass die nach derzeitiger Regelung zulässige zusätzliche Kennzeichnung nicht genveränderter Lebensmittel als „ohne Gentechnik“ hergestellt, das Vertrauen der Konsumenten in die herrschende Kennzeichnungspflicht beeinträchtigt. Die Zahlungsbereitschaft der Teilnehmer sinkt für genetisch unveränderte Produkte deutlich, wenn diese zusätzliche, jedoch eigentlich überflüssige Kennzeichnungen fehlt. Diese Verunsicherung könnte sich verschärfen, wenn noch mehr genveränderte Produkte in den Handel kämen und den Anbietern nicht genveränderter Produkte dadurch noch stärkere Anreize gegeben würden, diese freiwillig zusätzlich zu kennzeichnen. Hier müsste die Politik reagieren und das Vertrauen in die bestehende Kennzeichnungspflicht erhöhen.

*Astrid Dannenberg, dannenberg@zew.de
Sara Scatosta, scatosta@zew.de
Bodo Sturm, sturm@zew.de*

FORSCHUNGSERGEBNISSE

IT-Weiterbildung verbessert berufliche Chancen älterer Beschäftigter

Aufgrund des demografischen Wandels wächst in Deutschland das relative Arbeitsangebot von Arbeitnehmern, die über 50 Jahre alt sind. Gleichzeitig führen die technologischen Veränderungen auf Seiten der Unternehmen zu einem Rückgang der Nachfrage nach Älteren. Insbesondere in Unternehmen, in denen verstärkt Informationstechnologien (IT) zum Einsatz kommen, ist der Anteil der älteren Beschäftigten deutlich geringer als in Unternehmen mit weniger intensivem IT-Einsatz. IT-Weiterbildung kann jedoch dazu beitragen, die relative Benachteiligung von Älteren zu verringern und ihren Anteil in den Unternehmen zu erhöhen. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung.



Dem deutschen Arbeitsmarkt stehen immer mehr ältere Arbeitnehmer über 50 Jahre zur Verfügung. Parallel dazu setzen Unternehmen zunehmend moderne Informations- und Kommunikationstechnologien ein. Dies wirkt sich negativ auf die Nachfrage nach älteren Arbeitnehmern aus, da diese häufig über nur unzureichende IT-Fähigkeiten verfügen, die mit den Entwicklungen im IT-Bereich nicht Schritt halten können. Somit bewegen sich Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage im Hinblick auf ältere Arbeitnehmer in entgegengesetzte Richtungen.

IT-Weiterbildung für ältere Beschäftigte zielt vor diesem Hintergrund darauf ab, die Produktivität und Beschäftigungsfähigkeit Älterer zu erhöhen, um sie trotz ihres Alters möglichst lange im Arbeitsmarkt zu halten. In einer aktuellen ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper

Nr. 08-021) wird der Zusammenhang zwischen der Teilnahmequote älterer Beschäftigter an unternehmensinterner IT-Weiterbildung und dem Anteil der über 50-Jährigen an allen Beschäftigten im Unternehmen untersucht. Die Analysen basieren auf Daten von mehr als 1.000 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und aus ausgewählten Dienstleistungsbranchen in Deutschland, die im Rahmen der IKT-Umfrage des ZEW für das Jahr 2003 und das Jahr 2006 erhoben wurden.

Das Ausmaß des Einsatzes von IT in den Unternehmen wurde in der Umfrage besonders intensiv erfragt. Auf Grundlage der Befragungsergebnisse wurde im Rahmen der ZEW-Studie ein Indikator zur Messung der IT-Intensität der Unternehmen konstruiert, der unter anderem eine Vielzahl von IT-Anwendungen (E-Commerce, Online-Werbung,

Supply Chain Management Software u.a.), den Anteil der Computernutzer im Unternehmen und die IT-Kosten pro Beschäftigtem beinhaltet.

Deskriptive Auswertungen für das Jahr 2006 zeigen, dass durchschnittlich 21 Prozent der Beschäftigten in den Unternehmen 50 Jahre oder älter sind. Differenziert man zwischen IT-intensiven Unternehmen und Unternehmen, die IT in nur verhältnismäßig geringem Umfang einsetzen, so ist der Anteil der älteren Beschäftigten in den IT-intensiven Unternehmen mit 17 Prozent deutlich geringer. In den Betrieben, die IT in geringerem Maße einsetzen, besteht dagegen ein Viertel der Belegschaft aus über 50-Jährigen.

Weniger ältere Arbeitnehmer in IT-intensiven Unternehmen

Die Ergebnisse der multivariaten Analysen der Studie bestätigen den negativen Zusammenhang zwischen IT-Intensität und Beschäftigtenanteil Älterer in Unternehmen. Die Analysen zeigen jedoch auch, dass die Teilnahme älterer Arbeitnehmer an IT-Weiterbildung mit einem höheren Beschäftigungsanteil der über 50-Jährigen einhergeht und so den negativen Einfluss einer hohen IT-Intensität mildert. Dieser Zusammenhang findet sich insbesondere für die Gruppe der IT-intensiven Unternehmen. Somit erweist sich IT-Weiterbildung für ältere Beschäftigte vor allem in den IT-intensiven Unternehmen als ein mögliches Instrument, um den Anteil Älterer in Unternehmen zu erhöhen. Dass dabei durchaus noch Beschäftigungspotenzial für ältere Arbeitnehmer besteht, lässt sich daran erkennen, dass im Jahr 2003 in noch nicht einmal einem Drittel (29 Prozent) aller Unternehmen der analysierten Branchen Ältere an IT-Weiterbildung teilgenommen haben.

Katrin Schleife, schleife@zew.de

Nachhaltige Kapitalanlagen sind für Stiftungen empfehlenswert

Nachhaltige Kapitalanlagen sind Anlageobjekte, die nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten ausgewählt werden. Sie stellen ein interessantes Anlagensegment für Stiftungen dar und können im Idealfall helfen, die satzungsmäßigen Ziele der Stiftungen zu erfüllen und mögliche Zielkonflikte zwischen den Aufgaben der Stiftung und der Vermögensanlage zu vermeiden.

Ein Zielkonflikt kann beispielsweise auftreten, wenn sich eine Stiftung für Umweltschutz einsetzt, aber in Aktien von Unternehmen investiert, die durch hohe Umweltverschmutzung auffallen. Eine entsprechende Auswahl der Investments, die der ökologischen Nachhaltigkeit genügen, kann diesen Zielkonflikt lösen helfen. Obwohl die Frage nach den Folgen des Investments für Mensch und Umwelt im Mittelpunkt der Anlageentscheidung steht, können nachhaltige Kapitalanlagen auch aus finanzwirtschaftlicher Sicht eine sinnvolle Investition für Stiftungen sein. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Kooperation mit der Universität Stuttgart für die Deutsche Bundesstiftung Umwelt durchgeführt hat.

Die Studie zeigt, dass Aktienanlagen, die nach ökologischen und sozialen Kriterien (Socially Responsible Investments (SRI)) ausgewählt werden, insgesamt gesehen keine signifikanten Unterschiede in der Performance zu konventionellen Aktienanlagen aufweisen. Demnach muss Rentabilität nicht im Widerspruch zu sozialer und ökologischer Verantwortung stehen. Die Performance nachhaltiger Kapitalanlagen scheint sogar besser zu werden, je stärker die Nachhaltigkeit bei der Aktien- und der Portfoliozusammenstellung berücksichtigt wird. So entwickeln sich Portfolios, die beispielsweise nur

die 10 Prozent der unter Nachhaltigkeitskriterien am besten abschneidenden Unternehmen enthalten, merklich besser als breiter gestreute SRI-Portfolios. Sie können sogar im Einzelfall die Performance konventioneller Aktienanlagen signifikant übertreffen. Diese Ergebnisse werden dadurch bestätigt, dass sich spezialisierte Nachhaltigkeitsindizes wie etwa der Naturaktienindex risikoadjustiert deutlich besser entwickelt haben als breit diversifizierte SRI-Indizes wie beispielsweise die Dow Jones Sustainability- oder die FTSE4Good-Indizes. Allerdings ist das Risiko, gemessen als Volatilität, umso höher, je weniger gestreut und je spezieller damit die Aktienanlagen ausgerichtet sind.

Anlagestrategische Zielsetzungen

In Deutschland verfügen allein die 30 größten Stiftungen über ein Gesamtvermögen von rund 26 Milliarden Euro. Daneben gibt es Hunderte von weiteren Stiftungen, was deutlich macht, welche enormen Summen im Stiftungsbereich sinnvoll und verantwortungsbewusst angelegt werden müssen. Vor diesem Hintergrund geht die Studie auf allgemeine anlagestrategische Zielsetzungen von Stiftungen ein.

So sollten Aktienanlagen für Stiftungen je nach Zielsetzung der Vermögensanlage unterschiedlich ausgeprägt sein. Für das Ziel „nominale Vermögenserhaltung“, also für den Erhalt des Stiftungsanfangsvermögens ohne den Ausgleich etwa von Inflationsverlusten, sollte die Aktienquote relativ niedrig sein – das heißt etwa zwischen 10 und 20 Prozent liegen. Für das Ziel „reale Vermögenserhaltung“, hierbei werden die Inflationsverluste ausgeglichen, sollte die Aktienquote dagegen relativ hoch sein, das heißt etwa zwischen 80 und 100 Prozent liegen.

Wie kommt dieses Ergebnis zustande? Zunächst ist es wichtig, wie die risikoadjustierte Performance der Vermögensanlagen gemessen wird. In der Studie werden dazu Kennzahlen verwendet, die Risiko als die Unterschreitung eines gewünschten Mindestvermögens messen. Der Ertrag wird hingegen als die Überschreitung dieses Mindestvermögens bestimmt. Wenn die Stiftung das Ziel „nominale Vermögenserhaltung“ verfolgt, dann entspricht das Mindestvermögen dem Anfangsvermögen der Stiftung. Je höher die Aktienquote ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, das Anfangsvermögen zu unterschreiten. Die Beimischung von Aktien erhöht allerdings die durchschnittliche Rendite des Portfolios. Für einen Anlagehorizont von einem Jahr ergibt sich daraus empirisch im Optimum die relativ geringe Aktienquote von 10 bis 20 Prozent.

Beimischung von Aktien

Anders sieht dagegen das Ergebnis für die Zielsetzung „Erhaltung des realen Anfangsvermögens“ aus. In der Vergangenheit waren Anlagen in Anleihen kaum in der Lage, den Realwert des Vermögens zu erhalten. Erst die Beimischung von Aktien erhöht den durchschnittlichen Ertrag soweit, dass die Wahrscheinlichkeit einer Unterschreitung des realen Anfangsvermögens spürbar sinkt. Obwohl Aktien, gemessen an der Schwankungsbreite der Renditen, deutlich riskanter sind als Anleihen, kann das Ziel der realen Vermögenserhaltung umso besser erreicht werden, je höher der Aktienanteil ist. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass die Höhe möglicher Verluste mit steigender Aktienquote zunimmt.

Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

Die Studie wird zum Ende des Jahres als Buch erscheinen.

Wirtschaftsnobelpreisträger Heckman über „Skills, Schools and Synapses“

Zu einem Vortrag über nicht kognitive Fähigkeiten – darunter sind beispielsweise Ausdauer beim Lösen von Problemen, Disziplin und Konzentration zu verstehen – und deren Bedeutung für die Humankapitalbildung von Volkswirtschaften konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz im Mai den Wirtschaftsnobelpreisträger Prof. James J. Heckman, Ph.D., von der Universität Chicago begrüßen. Rund 350 Gäste waren der Einladung zu der Veranstaltung, die im Rahmen der Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ am ZEW stattfand, gefolgt.

Zu Beginn seines Vortrags mit dem Titel „Skills, Schools and Synapses“ benannte Heckman das Phänomen einer wachsenden neuen Unterschicht, die den Mittelstand zunehmend verdränge. Dieses Phänomen sei insbesondere in den USA, aber zunehmend auch in vielen europäischen Staaten zu beobachten. Die wachsende Unterschicht zeichne sich vor allem durch eine hohe Rate von Schulabbrechern und Ungelernten aus. Unter ihnen nähmen Straffälligkeit und gesundheitliche Risiken zu. Aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und abnehmender Produktivität der Geringqualifizierten hätten die Volkswirtschaften hohe Kosten zu tragen.

Frühe Kindheit ist prägend

Während diese gesellschaftlichen Probleme bislang vor allem mangelnden kognitiven Fähigkeiten zugeschrieben würden, wie etwa mangelnder Schulbildung, lägen die eigentlichen Ursachen noch sehr viel tiefer, so Heckman. Noch bevor ein Kind seine erste Schulstunde absolviere, habe es im Elternhaus bestimmte, nicht kognitive Kompetenzen vermittelt oder nicht vermittelt bekommen, die prägend für seine weitere Entwicklung und damit für seinen sozio-ökonomischen Erfolg im Lebensverlauf seien. Diese nicht kognitiven Fähigkeiten hätten zunächst nichts mit Intelligenz zu tun. Es handle sich eher um charakterliche Qualitäten wie Ausdauer, Fleiß, Motivation, Zielstrebigkeit, Willensstärke oder auch Selbstvertrauen, die bereits bis zum

fünften Lebensjahr durch die elterliche Stimulation entwickelt würden.

Diese nicht kognitiven Fähigkeiten seien die Grundlage, auf der sich erst in späteren Jahren kognitive Kompetenzen entfalten könnten. Einem Kind, das bereits im Vorschulalter zu Hause lerne, seine Aufmerksamkeit über eine be-

von fünf Jahren ausgebildet. Auch weise die soziale Ungleichheit eine hohe Persistenz auf. Es sei vielfach belegt, dass bereits im Grundschulalter Lehrer – unabhängig von der Qualität ihres Unterrichts – nur noch marginalen Einfluss hätten, diese Ungleichheit zwischen verschiedenen Kindern zu reduzieren.

Da eine wachsende Zahl von Kindern in ungünstige familiäre Situationen hineingeboren würden, müsste eine Politik, die darauf abziele, negativen gesellschaftlichen Entwicklungen effektiv und kostengünstig entgegenzuwirken, bereits bei der Altersgruppe der Neuge-



Prof. James J. Heckman während seines Vortrags am ZEW

Foto: ZEW

stimmte Zeitspanne einer bestimmten Sache zu schenken, werde es später leichter fallen, beispielsweise ein Buch zu lesen. Dieser Erfolg motiviere und öffne weitere Entwicklungstüren. Einem anderen Kind, das beispielsweise im Elternhaus keinen regelmäßigen Tagesablauf erfahren habe, werde es dagegen schwerfallen, Routinen – wie etwa täglich Hausaufgaben zu machen – durchzuhalten. So beeinflussten sich nicht kognitive und kognitive Fähigkeiten wechselseitig.

Soziale Ungleichheit entstehe schon im Elternhaus. Wie Studien belegten, habe diese sich bereits bis zum Alter

borenen bis Fünfjährigen ansetzen. Viele Untersuchungen zeigten, dass die Förderung von Vorschulkindern der Gesellschaft wesentlich geringere Kosten verursache und darüber hinaus wesentlich erfolgreicher sei als alle Maßnahmen, die erst bei Jugendlichen oder jungen Erwachsenen ansetzten. Ferner könnten frühkindliche Bildungsinvestitionen aufgrund des Zusammenspiels und der Selbstverstärkungseffekte von nicht kognitiven und kognitiven Kompetenzen im Vorschulalter zu hohen Erträgen, gemessen in späterem Lebens-einkommen der Geförderten, führen.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

TERMINE

ZEW Konferenz zur Ökonomie der Informations- und Kommunikationstechnologien

Vom 4. bis 5. Juli 2008 findet die Konferenz zur Ökonomie der Informations- und Kommunikationstechnologien am ZEW statt. Im Rahmen der Konferenz werden aktuelle wissenschaftliche Ergebnisse im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sowie der IKT-Industrien vorgestellt und diskutiert. Besonderes Augenmerk liegt unter anderem auf der Software- und Internetindustrie, auf Fragen zur Wettbewerbspolitik und Regulierung sowie auf Innovationsaspekten im IKT Bereich. Ziel der internationalen Konferenz ist es, den Dialog zwischen Wissenschaftlern zu fördern, die auf diesem Gebiet empirisch und theoretisch tätig sind.

Weitere Informationen zur Konferenz unter: www.zew.de/veranstaltung792

ZEW Konferenz zur Arbeitsmarktökonomik

Vom 15. bis 19. September 2008 findet am ZEW die internationale Konferenz zur Arbeitsmarktökonomik statt, die vom DFG Forschungsnetzwerk „Flexibilisierungspotenziale bei heterogenen Arbeitsmärkten“ organisiert wird. Schwerpunkte der Konferenz sind Themen rund um Arbeitsmärkte und Migration, ungleiche Lohnentwicklungen zwischen Männern und Frauen und der Teilhabe älterer Arbeitnehmer am Erwerbsleben. Darüber hinaus stehen Methoden und statistische Verfahren der Arbeitsmarktökonomik im Mittelpunkt.

Weitere Informationen zur Konferenz unter: www.zew.de/veranstaltung824

Jahrestagung der Gesellschaft für experimentelle Wirtschaftsforschung e.V.

Die Jahrestagung der Gesellschaft für experimentelle Wirtschaftsforschung e.V. (GfeW) wird in diesem Jahr durch das ZEW ausgerichtet. Sie findet vom 30. Oktober bis 1. November 2008 in Mannheim statt. Die GfeW ist die weltweit älteste Vereinigung experimenteller Ökonomen. Die Gesellschaft möchte jungen Wissenschaftlern ein Forum bieten, bei dem sie Erfahrungen austauschen und auch Kontakte zu etablierten Wissenschaftlern knüpfen können. Ferner ist es das Ziel der GfeW, die experimentelle Forschung im deutschsprachigen Raum als eine wichtige Methodik der Wirtschaftswissenschaften weiter zu etablieren.

Weitere Informationen zur Konferenz unter: www.zew.de/veranstaltung808

EXPERTENSEMINARE

- | | |
|-------------|---|
| 17.6.2008 | Prägnanter präsentieren – Coaching für die professionelle Vortragsgestaltung |
| 1.-2.7.2008 | Kommunikationsstrategien für Führungskräfte – Unterschiedlichen Kommunikationssituationen gerecht werden |
| 15.9.2008 | Das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm – Erfolgreich von der Antragstellung bis zur Projektdurchführung |
| 19.9.2008 | Wettbewerbsanalyse (Competitive Intelligence) – auf Früherkennung ausgerichtete Wettbewerbsanalysesysteme |

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/weiterbildung
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 08-029, Astrid Dannenberg, Sara Scatasta, Bodo Sturm: Does Mandatory Labeling of Genetically Modified Food Grant Consumers the Right to Know? Evidence from an Economic Experiment.

Nr. 08-028, Friedrich Heinemann, Michael Overesch, Johannes Rincke: Rate Cutting Tax Reforms and Corporate Tax Competition in Europe.

Nr. 08-027, Friedrich Heinemann, Philipp Mohl, Steffen Osterloh: Who's Afraid of an EU Tax and Why? – Revenue System Preferences in the European Parliament.

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Friedrich Heinemann, Michael Förg, Dieter Frey, Eva Jonas, Waldemar Rotfuß, Eva Traut-Mattausch, Peter Westerheide

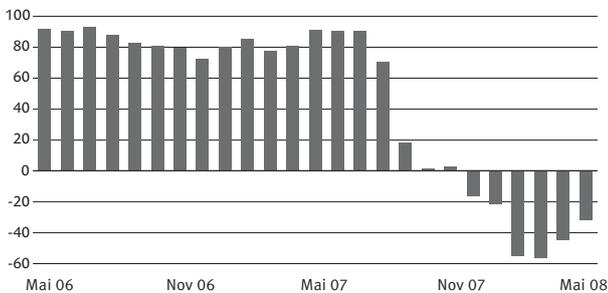
Psychologie, Wachstum und Reformfähigkeit

Die Institutionen des Arbeitsmarktes, die Sozial- und Steuersysteme stehen angesichts des demographischen Wandels und der Globalisierung unter Reformdruck. Gleichzeitig tut sich die Politik schwer, Akzeptanz für Reformen zu finden. Das Buch behandelt die möglichen Ursachen dieses Reformstaus. In einer Vielzahl von Experimenten, Länderfallstudien und ökonometrischen Untersuchungen wird nachgewiesen, dass aus der Verhaltensökonomie bekannte Phänomene von Relevanz zur Erklärung von Reformwiderständen sind. Darüber hinaus deuten die empirischen Einsichten auch auf Ansatzpunkte für Bemühungen zur Verbesserung der Reformakzeptanz. So wirken die Wahrnehmung der Unvermeidbarkeit einer Reform und eine höhere Transparenz der mit dem Status quo verbundenen Kosten akzeptanzfördernd. Außerdem können Reformexperimente bei der Überwindung des Reformstaus helfen, weil diese Reformgewinnern ein Gesicht geben und das Potenzial von Reformen aus individueller Perspektive sichtbar machen.

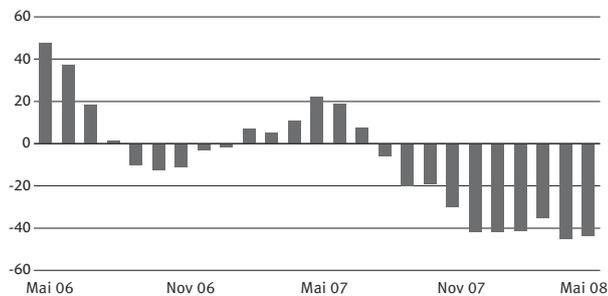
ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 88, Nomos-Verlag, Baden-Baden, ISBN 978-3-8329-3551-1

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Mai 2008



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Inflationsrisiken im Blick

Der Anteil der Analysten, die mit einer Zinssenkung durch die EZB rechnen, hat sich im Mai deutlich verringert. Der entsprechende Indikator liegt nun bei -30,6 Punkten nach -44,6 Punkten im April. Ursache der veränderten Einschätzung dürften die Inflationsrisiken sein. Die EZB sieht vor allem aufgrund der Preissteigerungen bei Nahrung, Öl und Lohnstückkosten Preisrisiken. Insbesondere im Dienstleistungsbereich werden der EZB zufolge die höheren Lohnkosten nicht durch eine entsprechend gestiegene Produktivität ausgeglichen.

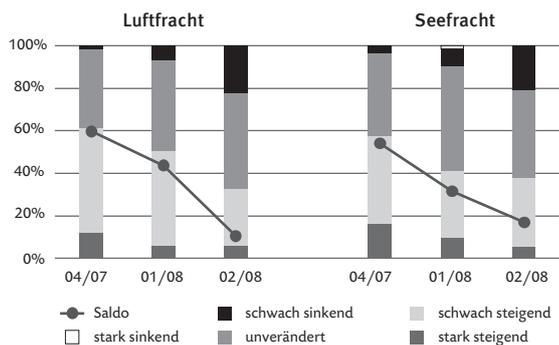
Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Euroraum: Geringe Aufwärtsbewegung

Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben sich im Mai um 1,2 Punkte auf -43,6 Punkte verbessert. Die Konjunktur der Eurozone ist ersten Schätzungen zufolge mit einer Wachstumsrate von 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr im ersten Quartal 2008 robust in das aktuelle Jahr gestartet. Relativ zu diesem Wert rechnen die Experten mit einer sich abschwächenden konjunkturellen Dynamik. Ein Grund hierfür ist der erschwerte Zugang der Unternehmen zu Refinanzierung. Der starke Euro dürfte sich bei den Exporten bemerkbar machen.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Erwartungen zum Verkehrsaufkommen mit Nord-Amerika brechen ein

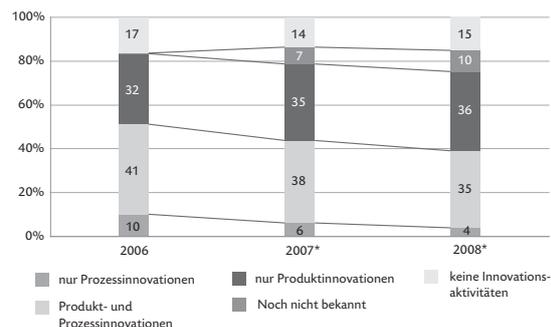


Quelle: ZEW

Die Rezession in den USA führt nach Meinung der Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW zu einem Rückgang der Erwartungen bezüglich des Transportaufkommens in der Luft- und Seefracht. Erstmals seit Bestehen der aktuellen Markteinteilung liegen die Erwartungen im Nordamerika-Markt unterhalb derer des europäischen und asiatischen Verkehrs. Eine volle Kompensation des geringeren Verkehrsaufkommens mit Nord-Amerika durch Aufkommen aus anderen Weltregionen wird mehrheitlich nicht erwartet – ca. 30 Prozent der Experten erwarten keine, weitere 60 Prozent eine teilweise Kompensation.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

Elektroindustrie: Fokus auf Produktinnovationen



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

*Werte für 2007 und 2008: Planangaben vom Frühjahr 2007

Die Unternehmen der deutschen Elektroindustrie planen für 2007 und 2008, ihre Innovationsaktivitäten auf Produktinnovationen zu fokussieren. Nach Angaben vom Frühjahr 2007 wollten 73 Prozent der Unternehmen im Jahr 2007 Produktinnovationen vorantreiben, für 2008 planten dies 71 Prozent. Demgegenüber dürfte der Anteil der Betriebe mit Prozessinnovationsaktivitäten von 51 Prozent (2006) auf 44 Prozent (2007) und 39 Prozent (2008) sinken. Das günstige konjunkturelle Umfeld wird offenbar verstärkt für die Einführung neuer Produkte genutzt. Prozessverbesserungen erhalten demgegenüber geringere Priorität.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Mitarbeiterbeteiligung

Die Bundesregierung sieht im Rahmen eines in Vorbereitung befindlichen „Gesetzes zur Förderung von Mitarbeiterbeteiligungen“ steuerliche Vergünstigungen für eine Beteiligung der Arbeitnehmer am arbeitgebenden Unternehmen oder an einem entsprechenden Fonds vor. Bereits im Jahr 2007 hatten die Parteien hierzu Vorschläge unterbreitet, wie „Betriebliche Bündnisse für Soziale Kapitalpartnerschaften“ seitens der CDU/CSU und den „Deutschlandfonds für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ seitens der SPD. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie bezeichnet die Mitarbeiterbeteiligung als einen wesentlichen Vorteil auf betrieblicher und gesamtwirtschaftlicher Ebene. All dies mag ein Reflex auf die Aufforderung des Bundespräsidenten vom November 2006 sein: „Beteiligen Sie Ihre Mitarbeiter am Unternehmenserfolg“.

Um die genannten Vorhaben richtig einschätzen zu können, ist es zunächst wichtig, zwei Varianten von Mitarbeiterbeteiligungsmodellen zu unterscheiden. Bei einer „Erfolgsbeteiligung“ erhalten die Beschäftigten zusätzlich zu ihrem Arbeitsentgelt eine erfolgsabhängige Zuwendung, in der Regel in Form einer Gewinnbeteiligung. Bei „Kapitalbeteiligungsmodellen“ dagegen fungieren die Beschäftigten als Kapitalgeber „ihres“ Unternehmens, etwa in Form einer Eigen- oder Fremdkapitalbeteiligung beispielsweise über Belegschaftsaktien oder Mitarbeiterdarlehen.

Mit einer Mitarbeiterbeteiligung werden drei Zielsetzungen verfolgt. Die erste betrifft seit jeher eine größere Verteilungsgerechtigkeit, wie sie die Sozialpolitik der sechziger und siebziger Jahre mit dem Leitgedanken der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ proklamierte. Aktuell erhält diese Orientierung vor dem Hintergrund des verschärften internationalen Standortwettbewerbs und der damit einhergehenden Tendenz zu einer ungleichmäßigeren Einkommensverteilung hierzulande neue Nahrung. Zweitens verspricht man sich von einer Mitarbeiterbeteiligung einen höheren Beschäftigungsstand. Gründe dafür sind zum einen eine höhere Identifikation der Beschäftigten mit ihrem Unter-

nehmen. Zum anderen bieten Mitarbeiterbeteiligungen größere Flexibilitätpotenziale bei der Lohnfindung im Rahmen eines Flächentarifvertrags, weil sie „Nachschlagsdiskussionen“ zu verhindern imstande sind und eine stärkere betriebliche Differenzierung der Arbeitsentgelte selbst zwischen den unter den betreffenden Tarifvertrag fallenden Unternehmen erlauben. Ein drittes Motiv für ein stärkeres Gewicht von Mitarbeiterbeteiligungen ist schließlich die verbesserte Kapitalausstattung der Unternehmen.

In der Tat weisen Mitarbeiterbeteiligungen eine Reihe von Vorzügen auf. Dennoch muss vor allzu positiven Erwartungen hinsichtlich der Verteilungs-, Beschäftigungs- und Produktivitätseffekte gewarnt werden, da diese sich, wie die Ergebnisse bisheriger empirischer Studien zeigen, in engen Grenzen halten. Aber das ist nicht der entscheidende Punkt. Vielmehr stellt sich die Frage, wieso sich der Staat angesprochen fühlt.

Nichts spricht gegen freiwillige Mitarbeiterbeteiligungsmodelle auf betrieblicher Ebene, wobei Erfolgsbeteiligungsmodellen wegen des mit Kapitalbeteiligungsmodellen verbundenen doppelten Risikos (Arbeitsplatz- und Vermögensverlust) der Vorzug zu geben ist. Ein Staatseingriff hingegen folgt daraus nicht. Ein solcher kann dann zu befürworten sein, wenn entweder Marktversagen vorliegt und eine staatliche Aktivität tatsächlich in der Lage ist, die betreffenden Sachverhalte besser zu regeln als der Markt. Davon kann keine Rede sein.

Wenn Unternehmen und Arbeitnehmer eine Mitarbeiterbeteiligung als vorteilhaft ansehen, dann führen sie diese von alleine ein, des Gesetzgebers bedarf es dazu nicht. Noch weniger überzeugend sind die vorgesehenen steuerlichen Subventionsprogramme. Ohnehin ist nicht ersichtlich, wieso den bestehenden Anlageformen staatlicherseits Konkurrenz gemacht werden soll, ganz abgesehen davon, dass eine Fondslösung für Mitarbeiterbeteiligungen denkbar ungeeignet ist.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Kathrin Böhmer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail boehmer@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2008